



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lr-
ed.de

Erding, 10.01.2012
Az.:

24. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 28.11.2011

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Attenhauser, Peter

Bauschmid, Friedrich

Heilmeyer, Georg

Hofstetter, Franz Josef

Jobst, Karl Heinz

Kuhn, Günther

Rübensaal, Siegfried

Schlehuber, Anton

Steinberger, Friedrich

Vogl, Willi

Ways, Rudolf

Wiesmaier, Hans

i.V.v. Schwimmer, Johann

i.V.v. Haindl, Sebastian

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Fischer Heinz

Schmittner Josef zu TOP 1 und 2

Huber Matthias zu TOP 1 und 2

Helfer Helmut zu TOP 1 und 2

Hopfensperger Maximilian zu TOP 1 und 2

Setzwein Ulrich zu TOP 1 und 2

Graßl Reiner zu TOP 2
Mayer Elfriede
Kirmeyer Claudia (Protokoll)
Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Herr Leopoldseder vom Ingenieurbüro Sehlhoff zu TOP 1
Vertreter der Schulen des Landkreises zu TOP 2



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Schulen des Landkreises
Realschule Taufkirchen, Planung der Außenanlagen
Vorlage: 2011/0965
2. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2012;
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen
Vorlage: 2011/0949
3. Asylbewerber - Unterbringung im Landkreis Erding
4. Bekanntgaben und Anfragen



**1. Schulen des Landkreises - Realschule Taufkirchen
Planung der Außenanlagen
Vorlage: 2011/0965**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter der Presse und der Schulen auf den Zuschauerrängen. Er bittet Herrn Leopoldseder vom Ingenieurbüro Sehlhoff um Ausführungen bezüglich der Planung der Außenanlagen der Realschule Taufkirchen.

Herr Leopoldseder erklärt, dass er beim Ingenieurbüro Sehlhoff als Fachbereichsleiter Verkehrsentwicklung angestellt ist. Bei der Planung der Außenanlagen der Realschule Taufkirchen ist er als Projektleiter eingesetzt. Eingangs zeigt er einige Fotos, damit die Ausschussmitglieder die Planungen besser nachvollziehen können. Auf dem ersten Bild ist die Frontansicht von der Nordseite mit der Parkplatzsituation und dem Fußgängerüberweg zu sehen, der später ca. 10 m nach Westen verlegt wird. Auf dem nächsten Bild ist die Frontansicht von Osten abgebildet. Ein weiteres Bild zeigt den Schulhof aus östlicher Richtung, die bestehenden Garagen werden entfernt. Die Zufahrt führt jetzt über einen Bereich, auf dem später zwei Stellplätze entstehen. Auf dem nächsten Bild ist die Südseite mit dem zu klein gewordenen Geräteschuppen abgebildet. Der Geräteschuppen wird später in den Schulhof integriert. Auf dem nächsten Bild zeigt Herr Leopoldseder den Bereich Urzeitmuseum mit dem Problem Tiefpunkt am Eingang Urzeitmuseum und dem öffentlichen Mischwasserkanal auf der anderen Seite der Straße. Das letzte Bild zeigt die Böschung zum Urzeitmuseum entlang des Rathausweges. Über die Vorentwurfsplanung gab es bereits mehrere Abstimmungen mit der Schulleitung, dem Landratsamt, dem Landrat und auch dem Urzeitmuseum. Am Ardingener Weg wird der bestehende Fußgängerüberweg ca. 10 m nach Westen verlegt. Dadurch wird die Verkehrssicherheit erhöht, da die Schüler nicht mehr im Einbindungsbereich vom Busbahnhof her kreuzen sondern etwas später. Zusätzlich wird ein Stellplatz gewonnen. Die Stellplätze vor der Schule sind wie bisher in Granitkleinsteinpflaster geplant. Der bestehende Fußgängerüberweg wird abgesenkt, und es werden zwei weitere Parkplätze geschaffen. Der neue Fußgängerüberweg ist ebenfalls in Granitkleinsteinpflaster geplant. Im Osten kommt durch Verschmälerung der Grüninsel ebenfalls noch ein Parkplatz hinzu, insgesamt stehen dann 17 statt wie bisher 13 Stellplätze vor der Schule zur Verfügung. Der Gehweg wird im Bereich des Haupteingangs ergänzt, die beiden Grüninseln vor der Gebäudefrontseite werden mit den Bestandsbäumen erhalten. Die Asphaltfläche auf dem Schulhof wird durch eine Betonpflasterung ersetzt. Die Garagen im Osten werden entfernt und in der Ecke wird der von der Schulleitung geforderte, neue Geräteschuppen (5x 6m) eingebaut. Der Schulhof wird durch Großbäume, wahrscheinlich Ahorn, gegliedert. Die Entwässerung läuft momentan über zwei Gullys in der Mitte, später wird ein Teil zusätzlich in die Grundfläche entwässert. Im Süden wird ein Mauerblock integriert, der auch als Sitzgelegenheit genutzt werden kann. Damit wird zugleich die Fläche des Schulhofes vergrößert, weil er in die bestehende Böschung eingebaut werden kann. Der Weg entlang der Schule im Süden führt zu den Projektgärten. Die beiden Projektgartenflächen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

werden von der Schule selbst genutzt. Dazwischen entstehen einzelne Sitzblöcke. Die Böschung zur Grundstücksgrenze wird mit einheimischen Sträuchern bepflanzt.

Im Bereich des Urzeitmuseums wird die breite, asphaltbefestigte Abfahrt zurück gebaut, so dass durch die Grün- und Schotterflächen vor dem Gebäude mehr Regenwasser versickern kann. Dadurch wird der Kanalarückstau etwas entschärft. Momentan läuft die Regenentwässerung über den Kanal, der mit einer Rückstauklappe versehen ist. Diese Rückstauklappe ist aber nicht die beste Lösung. Bei Niederschlag staut sich von hinten her auch Wasser auf, was zu einer erneuten Öffnung der Klappe führt. Deshalb wird eine kombinierte Lösung aus Pumpanlage und Rückstauschacht vorgeschlagen. Wenn das Wasser steigt, schließt die Klappe und pumpt es zugleich gegen Druck in den Kanal. Die Kosten dafür sind in der Schätzung enthalten. Der Bereich Urzeitmuseum wird mit einer Zaun- und Toranlage abgetrennt, zur Anlieferung von Exponaten kann das Urzeitmuseum direkt angefahren werden. Es bieten sich auch mögliche Flächen für die Ausstellung. Bezüglich der Maßnahme der Gemeinde Taufkirchen zum Busbahnhof erklärt er, dass der bestehende Busparkplatz aus der Einmündung heraus verlegt wird, der Gehweg wird verbreitert und an einer Seite schräg zulaufend, damit die Schüler sicher zur Schule gelangen können. Die Maßnahme wird im Zuge der Maßnahme des Landkreises von der Gemeinde Taufkirchen durchgeführt. Die Kosten belaufen sich bei der Realschule auf 125.000 €, für das Urzeitmuseum bei 45.000 €. Der Anteil des Landkreises zur Wiederherstellung der Zu- und Abfahrtsfläche und der ordnungsgemäßen Entwässerung beträgt 30.000 €.

Der Vorsitzende betont, dass eine Trennung erforderlich ist, da die Kosten für das Urzeitmuseum, wie auch bei den Gebäudeflächen entsprechend umgelegt werden.

Kreisrat Hofstetter weist darauf hin, dass die Kosten für die Maßnahme am Busbahnhof die Gemeinde Taufkirchen trägt. Eventuell soll der Busbahnhof später ganz verlegt werden, so dass der Vorhof und die Fläche zwischen Realschule und altem Rathaus zur verkehrsfreien Zone wird. Der jetzige Plan für die Außenanlagen wurde im Vergleich zum Erstentwurf abgespeckt. Er denkt, dass es sich um eine sinnvolle Planung handelt, die den Erfordernissen entspricht. Damit wird auch die finanzielle Situation des Landkreises berücksichtigt. Er bittet um Zustimmung zur Planung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass ursprünglich 185.000 € eingeplant waren. Mit dieser Planung wurden Einsparungen in Höhe von 20.000 € ermöglicht. Durch die Planung der Gemeinde Taufkirchen kann auch eine andere Anbindung an das bestehende Gebäude gewährleistet werden als bisher. Dadurch wird auch die Grünfläche im westlichen Teil ermöglicht, die sogar noch erweitert werden kann.

Kreisrat Wiesmaier ist froh über die kompakte Planung. Damit kann auch der Unterhalt relativ einfach gewährleistet werden. Für den nächsten Haushalt müssen jetzt nur noch 35.000 € eingestellt werden.

Kreisrat Schlehuber merkt an, dass in der ursprünglichen Planung vier Bäume im Schulhof vorgesehen waren. Er fragt, ob die beiden Bäume in



der jetzigen Planung mit der Lehrerschaft abgesprochen waren, die sich ganz gegen Bäume ausgesprochen hat. Die Tore und die Einfahrt des Gerätehauses sollen mit dem Hausmeister der Realschule abgesprochen werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Gerätehaus mit einem Gründach geplant ist. Er schlägt bezüglich des laufenden Unterhalts eine ganz normale Dacheindeckung vor.

Herr Leopoldseder antwortet, dass die Zufahrt mit 4 m ausreichend groß geplant ist. Die Begrünung des Daches war nur ein Vorschlag, eine andere Eindeckung ist möglich. Die Kosten für die Bäume bewegen sich zwischen 200 und 400 €.

Herr Hanslmaier, stellvertretender Schulleiter der Realschule Taufkirchen, erklärt, dass Beschattung natürlich gewünscht wird. Durch die Reduzierung auf zwei Bäume werden aber Einsparungen ermöglicht.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass in Absprache mit der Schulleitung die Bepflanzung durchgesprochen wird und dementsprechend weitere Schritte eingeleitet werden.

Kreisrat Wiesmaier ist der Meinung, dass lieber mehr Bäume gepflanzt werden sollen. Eine Begrünung des Daches hält er für nicht sinnvoll.

Kreisrat Ways findet, die Bäume sollten in der Planung enthalten bleiben. Eine Beschattung ist notwendig.

Kreisrat Attenhauser ist der Meinung, dass die Abstimmung über die Dachbegrünung im Beschluss aufgeführt werden soll. Ein begrüntes Dach ist auch teurer im Unterhalt.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass auf ein begrüntes Dach verzichtet werden soll. Bezüglich der Grünanlagengestaltung soll die Planung in Abstimmung mit der Schulleitung erfolgen.

Kreisrat Kuhn merkt an, dass ein begrüntes Dach nicht unbedingt teurer ist als ein normales Dach.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Leopoldseder und lässt daraufhin über folgende Beschlussvorschläge abstimmen:

BauEn/0114-14

Das von der Fa. Sehlhoff Ingenieure Architekten GmbH vorgestellte Konzept zur Planung der Außenanlagen wird angenommen.

Die Planer werden beauftragt, die Planung der Außenanlagen auf der Basis des vorgestellten Vorentwurfs weiter zu führen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

Die in der Planung vorgestellte Begrünung des Daches für das Gerätehaus wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 4 Stimmen**

2. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2012;
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen
Vorlage: 2011/0949



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende erklärt zum Haushaltsentwurf, dass das Volumen des Verwaltungshaushaltes 111 Mio. € beträgt, das des Vermögenshaushaltes knapp 7 Mio. €, das bedeutet einen Gesamthaushalt von knapp 120 Mio. €. Der Vermögenshaushalt ist deswegen deutlich geringer, weil weniger Investitionen bei den großen Baumaßnahmen geplant sind. Die Umlagekraft beträgt 108 Mio. €, das bedeutet eine Mehrung gegenüber 2011 von 1,69 %. Die Einnahmen aus der Kreisumlage erhöhen sich damit bei gleichem Hebesatz wie 2011 in Höhe von 54,51% auf Grund der höheren Umlagekraft um 983.000 €. Allerdings wird diese Erhöhung durch eine höhere Bezirksumlage vollständig aufgezehrt. Mit einer Erhöhung um 1,1 % ist mit einer Bezirksumlage in Höhe von 1.619.000 € zu rechnen, so dass rund 650.000 € mehr vom Landkreis zu tragen sind als im Vorjahr. Die Schlüsselzuweisung wurde mit dem gleichen Betrag wie im laufenden Jahr angenommen. Dabei hat sich der Landkreis im Haushaltsplan etwas besser eingeschätzt als es tatsächlich der Fall war. Es wurden 300.000 € weniger Schlüsselzuweisungen gezahlt als im Haushalt veranschlagt war. Die Kreisumlage beträgt dann 56,35 %, das bedeutet eine Erhöhung um 1,84 %. Die größten Posten sind Personalkosten mit einem Plus von 1 Mio. €, bedingt durch die allgemeinen tariflichen Steigerungen. Fast selbstverständlich gibt es im Bereich Jugendhilfe eine Erhöhung um 350.000 €, beim Bildungs- und Teilhabepakt 789.000 € und in der Sozialhilfe 171.000 €. Bei den Gastschulbeiträgen gibt es Mehrungen in Höhe von 314.000 €. Bei den Energiekosten gibt es eine Erhöhung um 78.000 €, mehr Gebäude bedeuten auch mehr Energiekosten. Beim Betriebskostenzuschuss für den ÖPNV gibt es eine Steigerung um 460.000 €. Die Zahlen wurden bereits vom MVV mitgeteilt. Der Gesamtzuschuss für den ÖPNV ist in diesem Jahr mit rund 1,9 Mio. € eingeplant. Die Mehrausgaben in der Schülerbeförderung betragen 365.000 €, beim Winterdienst/Fahrzeugunterhalt 61.000 €. Die Ausgaben für Schulausstattung steigen um 24.000 €. Zusätzlich ist ein Fehlbetragsausgleich für das Krankenhaus in Höhe von 1 Mio. € zu leisten. Der Bauunterhalt beträgt in diesem Jahr 3,5 Mio. €, davon sind allein 3.072.000 € für die Schulen eingeplant. Für den Rettungszweckverband können 56.000 € weniger eingeplant werden, der Fehlbetragsausgleich an die Wohnungsbaugesellschaft kann um 39.000 € reduziert werden. Im Bereich der Grundsicherung gibt es ebenfalls eine Reduzierung, bei Hartz 4 gibt es Mehreinnahmen in Höhe von 1.049.000 € durch einen erhöhten Zuschuss des Bundes. Die Mehrkosten betragen 789.000 €, so dass das Bildungs- und Teilhabepaket eine Entlastung von rund 250.000 € bringt. Die Zinszahlungen für Kredite reduzieren sich um 74.000 €. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt bewegt sich nur noch in der Höhe der Mindestzuführung von 1,5 Mio. €. Es ist wie in den letzten Jahren keine Kreditaufnahme vorgesehen.

Größere Maßnahmen und Planungen betreffen die Erweiterung des Gymnasiums Dorfen mit 100.000 €, das Korbinian- Aigner- Gymnasium mit 90.000 €, die FOS/BOS mit 118.000 €, den Neubau des Förderzentrums Erding mit 400.000 € und Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 1.992.000 €. Die derzeitig geplante Rücklagenentnahme beträgt 2.5 Mio. €. Weitere Rücklagenentnahmen sind nicht möglich, deswegen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

müssen anderweitig Einsparungen vorgenommen werden. In der letzten Sitzung des Strukturausschusses wurden insgesamt Einsparmaßnahmen in Höhe von 455.000 € eingeplant. Kreisrat Huber hat vorgeschlagen, die Maßnahme Deckensanierung ED13, Hubenstein –Wambach zu schieben. Dadurch muss auch weniger an den Vermögenshaushalt zugeführt werden, das heißt die Zuführung beträgt in etwa 1 Mio. €. Die Mindestzuführung muss erreicht werden, deshalb sollen Einsparungen im Verwaltungshaushalt angestrebt werden, weitere Einsparungen im Vermögenshaushalt haben keine Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Kreisrat Rübensaal weist darauf hin, dass wie in jedem Jahr die Schlüsselzuweisung noch nicht bekannt ist. In diesem Jahr soll als neuer Parameter ein Strukturausgleich bei der Vergabe eingeführt werden. Ein Strukturausgleich kann nicht zu Lasten der Gemeinden gehen, sondern ist Staatsaufgabe. Es sollte von den Hausjuristen geprüft werden, ob nicht vorsorglich gegen das Gesetz vorgegangen werden soll, für den Landkreis Erding geht es um einen größeren fünfstelligen Betrag.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Landkreis Erding bereits mehrfach an einem Klageverfahren bezüglich der Solidarisierung der oberbayerischen Landkreise teilgenommen hat. In Teilen wurde dem Landkreis Erding zwar Recht gegeben, genutzt hat das aber nichts weil deswegen jetzt zusätzliche Parameter eingeführt werden. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird von 12,2 auf 12,5 %, also ein Plus von 77,4 Mio. € angehoben. Damit kommt der Finanzminister einer zentralen Forderung der kommunalen Spitzenverbände entgegen, die diesem Vorhaben bereits zugestimmt haben. Eine Klage hat deshalb keinen Sinn. Die Steuereinnahmen des Freistaates haben sich im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,9 % verbessert. Der Kommunalanteil steigt insgesamt im Steuerverbund von 254,5 Mio. € um 8,5 % an. Von diesen Mehreinnahmen werden 80 Mio. € zu Gunsten des Hochbaus gemäß Art. 10 RVG, 7,5 Mio. € zu Gunsten des Sozialhilfeausgleiches für die Bezirke und 81,7 Mio. € zu Gunsten der Anhebung der Investitionspauschale umgeschichtet. Für die Erhöhung der Schlüsselmasse verbleiben 100,2 Mio. €, ein Plus von 3,9 %. Der Strukturausgleich wird nicht zu Gunsten des Landkreises Erding ausfallen, weil die Bevölkerung sehr jung ist. Für die Landkreisschlüsselzuweisungen stehen 2012 somit 965,3 Mio. € und damit 34 Mio. € plus 3,9 % mehr als 2011 zur Verfügung. Eine Schätzung des Grundbetrags bei den Landkreisschlüsselzuweisungen 2012 (2011: 496,11 Mio. €) ist gegenwärtig noch nicht möglich, da bei der Berechnung der Landkreisschlüsselzuweisungen die Verlängerung des Demographiefaktors bei den Schlüsselzuweisungen von 5 auf 10 Jahre zu berücksichtigen ist und ab 2012 der Grunderwerbssteuerüberlassungsbetrag nicht mehr zuzurechnen sein kann. Mit der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen 2012 kann erst um den 20. Dezember 2011 gerechnet werden. In erster Linie sollen dabei finanzschwächere Regionen berücksichtigt werden, bezüglich des Demographiefaktors ist der Landkreis auch eher schlechter gestellt, so dass dieser Ausgleich sogar zu Lasten des Landkreises verlaufen könnte.

Kreisrat Wiesmaier stellt fest, dass bayernweit seitens der Spitzenverbände hervorragende Finanzausgleichsverhandlungen geführt wurden. Es gab eine Mehrung von 100 Mio. € an Schlüsselzuweisungen, die Verhand-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

lungen verliefen insgesamt zu Gunsten der Kommunen. Im Strukturausschuss wurde über Einsparungen versucht, eine Reduzierung bzw. Neutralisation der Kreisumlagerhöhung herbeizuführen. In dieser Sitzung wurden 0,4 % eingespart, heute sollen weitere 1,4 % eingespart werden. Wenn heute noch vorhandenes Einsparpotenzial genutzt wird, setzt das ein Signal um die Spirale nach oben durchbrechen zu können. Im Jahr 1990 lag die Umlagekraft bei 60 Mio. €, die Kreisumlage bei 46 %. Mittlerweile liegt die Umlagekraft bei 108 Mio. €, die Kreisumlage ist mit 56,4 % eingeplant.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Haushalt in groben Zügen durchzusprechen und mögliches Einsparpotenzial zu melden. Er bittet auch Herrn Huber von der Verwaltung, konkrete Maßnahmen zur Diskussion zu stellen.

Kreisrat Ways stellt fest, dass es sich um Maßnahmen, die von der Verwaltung erarbeitet, aber auch in Gesprächen mit den Schulen zusammengestellt wurden. Es ist nötig zu wissen, welche Maßnahmen unbedingt durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Liste anhand der Gebäude durchzugehen. Alle genannten Maßnahmen sind notwendig. Im Gespräch mit den Schulleitern wurde auf die Notwendigkeit von Einsparungen hingewiesen und Kürzungen vorgenommen.

Kreisrat Kuhn schlägt vor, dasselbe Prozedere wie früher anzuwenden und die einzelnen Positionen direkt in den betreffenden Gebäuden zu diskutieren. Mögliche Einsparungen sind nur auf dem Papier schwer zu bewerten.

Der Vorsitzende merkt an, dass die allermeisten Maßnahmen bereits bekannt sind und auf Grund der allgemeinen Finanzsituation verschoben wurden. Er stellt bezüglich des Landratsamtsgebäudes fest, dass die meisten Positionen bereits durchgesprochen wurden. Selbstverständlich können die Maßnahmen aber besichtigt werden, das benötigt aber viel Zeit.

Kreisrat Rübensaal schlägt vor, 50% bei Pflasterarbeiten einzusparen, das bedeutet eine Summe von 12.000 €. Die Dämmarbeiten können auf zwei Jahre verteilt werden, so werden weitere 10.000 € eingespart. Es geht um mehrere Räume.

Herr Huber verweist auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie. Anhand der Liste von Herrn Moises wurden die ENEV – Maßnahmen bei den einzelnen Objekten eingearbeitet. Wenn die Energieeinsparmaßnahmen nicht durchgeführt würden, würde sich der Bauunterhalt auf 3,4 Mio. € reduzieren. Einsparmöglichkeiten gibt es bei der Kinderspielecke, die mit 13.000 € veranschlagt ist. Die Kundenbefragung hat gezeigt, dass der Eingangsbereich verbessert werden soll.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Spielecke vor dem Ausländeramt angesiedelt werden soll. Dort kommt es häufiger zu Wartezeiten und die Betroffenen haben oft Kinder dabei. Eine Verschiebung der baulichen Maßnahme hält er aber für möglich.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Steinberger meint ebenfalls, dass eine bauliche Verschiebung möglich ist. Trotzdem kann bezüglich der Ausstattung eine Zwischenlösung gefunden werden. Die Arbeiterwohlfahrt könnte leihweise neuwertige Materialien zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Gremiumsmitglieder einer baulichen Verschiebung zustimmen, eine Spielecke wird mit Hilfe der AWO vor dem Ausländeramt realisiert. Es werden 500 € für die Realisierung eingeplant.

Kreisrat Hofstetter ist bezüglich der Dämmmaßnahmen der Meinung, dass diese auch durchgeführt werden sollen, wenn sie in der letzten Sitzung beschlossen wurden.

Der Vorsitzende spricht sich für die Durchführung der Pflasterarbeiten aus, die Maßnahme wurde bereits mehrfach verschoben. Die Zufahrt zur Stadthalle für LKW führt über den betroffenen Bereich. Es geht um Ausbesserungsarbeiten.

Kreisrat Kuhn fragt bezüglich der Position „Elektroarbeiten“, ob der Austausch defekter Leuchten nach dem Energiekonzept durchgeführt wird. Danach sollen bei Austausch LED-Lampen verwendet werden.

Der Vorsitzende betont, dass es sich beim Austausch um die ganze Leuchte und nicht nur das Glühmittel handelt. Es werden in manchen Büros zusätzliche Stehleuchten benötigt. Als Leuchtmittel werden entsprechende LED-Lampen angeschafft.

Für das Sparkassengebäude ist ein Pauschalbetrag eingeplant, für das Personalwohngebäude am Krankenhaus wurden 10.500 € eingeplant (S.5). Für das Landratsamtsgebäude, Abteilung Veterinärwesen wurden 10.000 € für jährliche Kosten angesetzt (S. 6). Für die Atemschutzübungsanlage (S. 7), das Feuerwehr-Service-Zentrum (S. 8) und die neue Integrierte Leitstelle (S.9) wurde ebenfalls ein Pauschalansatz für laufende Kosten angesetzt. An der Herzog – Tassilo – Realschule sollen 10 weitere Klassenzimmer saniert werden. Die Maßnahme wurde bereits in einem Ausschuss bewilligt und wurde deshalb in den kommenden Haushalt eingestellt.

Kreisrat Wiesmaier fordert, die Maßnahme nur zu genehmigen, wenn sie haushaltstechnisch abgewickelt werden kann. In den einzelnen Ausschüssen wird immer die Notwendigkeit der Maßnahme gesehen, es gibt aber keinen Überblick über den Gesamthaushalt. Heute hat man eine Übersicht über die Maßnahmen mit Blick auf den Gesamthaushalt.

Kreisrat Schlehuber fragt bezüglich der Einzelposition „Erneuerung der Türblätter“, ob der Betrag von 1.500 nicht zu hoch angesetzt ist. Der Ausschuss ist gefordert, Einsparmaßnahmen zu treffen. Man muss herausfinden, wo noch Einsparungen möglich sind.

Herr Setzwein erklärt, dass teilweise die komplette Tür ausgetauscht werden muss.

Herr Huber ergänzt, dass die Erfahrung bei der Sanierung der letzten fünf Klassenzimmer gezeigt hat, dass die ursprünglich angesetzten 11.000 €



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

pro Klassenzimmer nicht ausreichend waren, der Ansatz pro Klassenzimmer musste auf 18.750 € erhöht werden. Die Klassenzimmer wurden 1964 erbaut.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass aber keine Reduzierung an den Kosten für ein Klassenzimmer vorgenommen, sondern dann weniger Räume renoviert werden sollen. Es sollen aber schon ungefähr 10 Räume saniert werden, sonst wird der Zeitraum zu lang.

Kreisrat Rübensaal führt aus, dass wenn nur acht Räume saniert werden, wieder 36.000 € eingespart werden können.

Kreisrat Steinberger empfiehlt, die Schulgebäude einmal bei einer öffentlichen Veranstaltung näher zu betrachten. Das Gebäude der Herzog – Tassilo – Realschule ist abgewohnt. Die Sanierung der Klassenzimmer soll Stück für Stück weitergeführt werden. Möglichkeiten zur Kostenersparnis sollen gefunden werden, die Haushaltsansätze sollen aber auf keinen Fall ausgeweitet werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Gebäude aus Altersgründen keinen guten Eindruck mehr macht. Die Nutzung ist vorbildlich, es gibt kaum Vandalismusschäden. Das Gebäude ist nicht für eine so große Schülerzahl errichtet worden. Die Maßnahme soll vorangetrieben werden damit der Unterrichtsbetrieb vernünftig gewährleistet werden kann.

Kreisrat Hofstetter stellt fest, dass insgesamt 550.000 € für die Sanierung der Herzog – Tassilo – Realschule vorgesehen sind. Er fragt, ob es bei der Wartung Einsparmöglichkeiten gibt.

Herr Huber erklärt, dass keine Vorschläge zu Kostenersparnis vorliegen. Der Aufzug, der im Rahmen der Inklusion eingebaut werden sollte, könnte eventuell um ein Jahr hinausgeschoben werden. Die Kosten dafür belaufen sich auf 100.000 €.

Kreisrat Heilmeier ist der Meinung, dass der Lift eingespart werden kann. Bezüglich der Klassenzimmer merkt er an, dass die Kosten für Akustikdecken von 8000 € pro Klassenzimmer sehr hoch sind. Im Rathaus der Gemeinde Walpertskirchen wurden nur Teile der Decke mit Akustikplatten versehen, vielleicht können diesbezüglich Sparmaßnahmen getroffen werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Kosten für Klassenzimmer einzusparen und dann die tatsächlichen Kosten für einen Raum abzuwarten. Wenn möglich, sollen für dieselben Kosten 10 statt 9 Räume saniert werden. Die Kosten werden dann auf 170.000 € gedeckelt.

Herr Altmann von der Herzog – Tassilo – Realschule merkt an, dass im Altbau etwa 20 Klassenzimmer aus dem Jahr 1964 zu finden sind. Dankenswerterweise wurde seit dem letzten Jahr sehr viel Sanierungsarbeit geleistet, es wäre schön, wenn es so weitergeht. Zu den Kosten merkt er an, dass im letzten Jahr kein Geld für den Eingangsbereich mit den Waschbecken eingestellt wurde. Daher mussten die Ansätze erhöht werden und insgesamt 8000 € für die bereits sanierten fünf Klassenzimmer



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

eingestellt werden. Die zehn Klassenzimmer sind wirklich wichtig, so dass im nächsten Haushaltsjahr der Gesamtbereich renoviert werden kann. Qualität ist für ihn wichtiger als Schnelligkeit, wenn nur neun Klassenzimmer saniert werden, trägt der die Entscheidung mit.

Der Vorsitzende merkt bezüglich des Aufzuges an, dass im gesamten Realschulbereich die Herzog –Tassilo – Realschule die günstigste Situation bietet. Ein Aufzug an der Realschule Taufkirchen ist deutlich teurer. So kann ein entsprechendes Angebot für betroffene Schüler geschaffen werden und eine entsprechende Maßnahme in Taufkirchen nach hinten verschoben werden. Die Kosten für einen Aufzug dort betragen rund 220.000 €.

Kreisrat Kuhn fragt, wie die gesetzlichen Vorgaben für die Inklusion sind, und ob Fristen eingehalten werden müssen.

Der Vorsitzende antwortet, dass es keine direkten Vorgaben gibt. Bei Neu- und bestehenden Bauten muss auf behindertengerechte Ausstattung geachtet werden. Es wäre gut, eine behindertengerecht ausgestattete Realschule zu haben.

Kreisrat Hofstetter schlägt vor, dass wenn die Inklusion gewollt und eingeführt wird, lieber auf ein weiteres Klassenzimmer verzichtet werden soll als auf den Aufzug.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Voraussetzungen im Jahr 1964 anders waren als heute. Das Gebäude muss wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. Herr Altmann hatte noch viel mehr Wünsche gehabt, auf Grund der knappen Haushaltslage hat man sich auf die bestehenden Maßnahmen geeinigt.

Kreisrat Wiesmaier ist der Meinung, dass die neuen Schulen schon auch sehen müssen, dass die älteren Schulen prioritär behandelt werden. Wenn die Kosten für die Klassenzimmer auf 170.000 € gedeckelt werden, kann aus seiner Sicht der Haushaltsansatz so belassen werden.

Kreisrat Ways fragt zur Inklusion, ob es derzeit Schüler gibt, die eine behindertengerechte Ausstattung benötigen. Wenn derzeit kein Bedarf besteht, kann aus seiner Sicht die Maßnahme geschoben werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es derzeit keine betroffenen Schüler gibt. Das Thema Inklusion sollte nicht zu weit weggeschoben werden, zumindest an einer Realschule im Landkreis sollte das Angebot gegeben sein. Es werden ohnehin noch genügend zusätzliche Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Kreisrat Hofstetter meint, dass die Maßnahme durchgeführt werden soll. Barrierefreiheit sollte ein Mindeststandard beim Thema Inklusion sein.

Kreisrat Ways stellt fest, dass wenn ein Schüler im Bereich Taufkirchen betroffen ist, dieser nach Erding befördert werden muss.



Der Vorsitzende merkt an, dass die Fahrtkosten ohnehin übernommen werden müssen. Es steht dann aber zumindest ein Angebot zur Verfügung.

Herr Helfer führt aus, dass die Kosten für die Herzog – Tassilo – Realschule somit nur noch 530.400 € betragen.

Kreisrat Attenhauser fragt, ob die Kosten von 15.000 € für die neue Bühne wirklich nötig sind.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Anschaffung einer neuen Bühne notwendig ist, die alte darf eigentlich nicht mehr verwendet werden. Er schlägt vor, wieder einmal nach und nach alle landkreiseigenen Schulen zu besichtigen. Dann kann die Situation objektiver beurteilt werden.

Kreisrat Steinberger betont, dass dort wo sicherheitsrelevante Vorgaben vorliegen, sollte es keine Diskussion über Verschiebungen geben. Der Landkreis trägt eine Verantwortung.

Herr Helfer erklärt zur Realschule Taufkirchen bezüglich der Außenanlagen, dass die Kosten für die Planung der Außenanlage auf 35.000 € gesenkt werden konnten. Es liegen keine weiteren Einsparvorschläge von Seiten der Verwaltung vor. Damit liegt die Summe für die Realschule Taufkirchen bei 139.500 €.

Herr Helfer führt aus, dass am Anne-Frank-Gymnasium fünf Klassenzimmer saniert werden sollen. Die Kosten dafür sind mit 60.000 € veranschlagt.

Kreisrat Schlehuber stellt fest, dass die Gesamtkosten für den Ausbau des Computerraums 20.000 € betragen, das Honorar beläuft sich auf 9.500 €.

Herr Huber erklärt, dass die Schüler gegenwärtig vis-a-vis sitzen, es gibt nur 16 Arbeitsplätze. Jetzt werden die Plätze an die Wand versetzt, dass die Schüler in einer U-Form sitzen und so mehr Raum für Arbeitsplätze geschaffen wird. Er schlägt vor, bezüglich des Honorars mit den Fachplannern erneut zu verhandeln.

Herr Helfer ergänzt, dass auch mit Herrn Steinbach erneut Rücksprache gehalten wird.

Kreisrat Vogl fragt, ob bei der Sanierung dieser Klassenzimmer keine Akustikdecken nötig sind. Am Anne-Frank-Gymnasium ist die Deckensanierung deutlich günstiger.

Herr Grassl erklärt, dass in der Herzog – Tassilo – Realschule die gesamten Decken durch Kassettendecken erneuert werden. Am Anne – Frank – Gymnasium sind Rahmen vorhanden, in die lediglich Deckenplatten eingelegt werden müssen. Die Größe der Klassenzimmer beträgt etwa 60 m².

Herr Huber schlägt als Einsparmaßnahme für das Anne – Frank- Gymnasium vor, den Sonnenschutz in Höhe von insgesamt 48.100 € nach hinten



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

zu verschieben. Zusätzlich kann die Sanierung des Flachdachs der Turnhalle 2 in Höhe von insgesamt 97.000 € verschoben werden. Die Sanierung zählt nicht zu den ENEV- Maßnahmen. Das Dach ist etwa 40 Jahre alt und derzeit auch dicht. Die Maßnahme sollte aber in absehbarer Zeit durchgeführt werden.

Frau Wenzl, Schulleiterin des Anne – Frank-Gymnasiums, erklärt auf Bitte des Vorsitzenden, dass nicht mehr wie früher im G 9 der Unterricht um die Mittagszeit endet, sondern im Normalfall erst gegen 16.15 Uhr. Es gibt auch keine „Hitzefrei-Regelung“ mehr. Die Räume an der Südseite verfügen nicht über eine Klimaanlage. Der Unterricht wird durch den fehlenden Sonnenschutz erheblich beeinträchtigt. Auch die Sanierung des Flachdaches der Turnhalle hält sie für eine wichtige Maßnahme, es ist keine Wärmedämmung vorhanden und folglich entstehen extreme Temperaturen. Es geht auch um energetisch sinnvolle Maßnahmen im Rahmen des Energiekonzepts.

Herr Huber sagt, dass das Flachdach in den ersten 400 Maßnahmen im Langbericht des Energiegutachtens von Herrn Moises noch nicht genannt wird.

Der Vorsitzende hält den Sonnenschutz zumindest in den nach Süden ausgerichteten Klassenräumen für notwendig.

Frau Wenzl erklärt, dass die Maßnahme zum Sonnenschutz im B-Trakt zum Park hin noch nicht ganz beendet ist. Im A-Trakt zur Münchner Straße liegen die Klassenzimmer auf der Südseite. Dort ist noch nichts getan worden.

Kreisrat Hofstetter plädiert darauf, die Maßnahmen am Sonnenschutz durchzuführen, die Sanierung des Turnhallendachs kann seiner Meinung nach zurückgestellt werden. Natürlich ist die Maßnahme wichtig. Im schlimmsten Fall steigen dadurch aber die Energiekosten, beim Sonnenschutz sind Schüler und Lehrer aber stark beeinträchtigt. Er bekräftigt den vorher genannten Grundsatz, dass ältere vor neueren Gebäuden bedacht werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass im Gremium Einigkeit darüber herrscht, die Sanierung des Flachdaches an der Turnhalle 2 zurückzustellen und die Maßnahme am Sonnenschutz durchzuführen.

Kreisrat Schlehuber weist erneut auf das Verhältnis zwischen 40.000 € für die Erneuerung des Sonnenschutzes und 8.000 € Honorar hin. Es war bereits ein Sonnenschutz vorhanden, das Honorar beträgt 20 % des Gesamtpreises. Es sollte noch einmal verhandelt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass wohl der komplette Sonnenschutz erneuert werden muss, weil der bestehende sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde

Herr Grassl ergänzt, dass der bestehende Sonnenschutz komplett entfernt werden muss. Zwei Drittel sind bereits erneuert worden, mit dieser Maßnahme wird der Sonnenschutz an der gesamten Schule auf den neu-

esten Stand gebracht. Die Honorare sind aus der Honorartabelle entnommen.

Herr Helfer merkt an, für das Anne-Frank-Gymnasium werden nunmehr 325.200 € eingestellt.

Herr Huber erläutert den Antrag des Korbinian –Aigner-Gymnasiums auf eine bessere Tafelbeleuchtung für einen Klassentrakt für 7000 €. Die Verwaltung schlägt vor, diese Maßnahme zu verschieben. Die jetzige Beleuchtung bewegt sich im Bereich der gesetzlichen DIN-Anforderungen. Zusätzlich fordert die Schule neue Verdunkelungsvorhänge für 17 Klassenzimmer. In den Klassenzimmern ist bereits ein außen liegender Sonnenschutz vorhanden, innen gibt es einen gelben Sichtschutz. Nach einer Ortseinsicht ist die Verwaltung zu dem Schluss gekommen, dass die derzeitige Abdunkelungsmöglichkeit ausreichend ist. Des Weiteren wird als weitere Einsparmaßnahme der gewünschte zweite Biologie-Übungssaal zur Diskussion gestellt. Die geplante Summe von 80.000 € muss mittlerweile auf 145.000 € korrigiert werden. Im Vergleich zu Gymnasien in anderen Landkreisen liegt das Korbinian – Aigner – Gymnasium in Bezug auf den Zugang der Schüler zu Strom- und Gasanschlüssen derzeit im Mittelfeld. Herr Huber schlägt vor, die Entwicklung der Schülerzahlen im nächsten Jahr abzuwarten und gegebenenfalls später eine Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende merkt an, dass seines Wissens die Lehrkräfte und Schüler die Tafelanschriften trotz Beleuchtung für schwer zu lesen halten. Bezüglich der Verdunkelung betont er, dass es sich bei den vorhandenen Installationen um Sonnenschutz handelt und nicht um eine Verdunkelungsmöglichkeit. Er fragt, wieso die Kosten für den Biologiesaal von der ursprünglich angenommenen Summe abweichen.

Herr Huber erklärt, dass nach Rücksprache mit einem Ausstatter für entsprechende Säle auch die nötigen Umzüge mit einkalkuliert wurden. Der Architekt hat anschließend die Kosten entsprechend kalkuliert. Insgesamt muss mittlerweile mit Kosten von insgesamt fast 300.000 € gerechnet werden.

Herr Fuhrig erklärt aus seiner Sicht als Schulleiter die Wichtigkeit des neuen Biologiesaals. Es geht nicht nur um den Biologieunterricht sondern auch um das Fach Natur und Technik, das besonders in der fünften und sechsten Klasse seit Einführung des G 8 nicht mehr wegzudenken ist. Bei dem neuen didaktischen Ansatz sollen die Schüler nicht mehr rein mit der Theorie konfrontiert, sondern von Anfang an mit der Praxis befasst werden. Das naturwissenschaftlich-technologische Gymnasium ist verpflichtet, auch die Möglichkeiten für die experimentellen Versuche zu schaffen, die im Klassenzimmer nicht möglich sind. In der Vergangenheit hat sich der Transport der Versuchsaapparaturen über die langen Gänge als schwierig erwiesen, die Forderung ist nicht unbegründet. Die Umzugskosten in dieser Höhe sind ihm nicht verständlich. Es gibt zwei Hausmeister, bisher gab es keine Probleme, solche Dinge mit der eigenen Logistik zu lösen.

Frau Hafner merkt an, dass sich die Kosten aus einer nötigen Umsiedelung eines Computer- und eines Werkraums ergeben, in dem bisher



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Natur und Technik unterrichtet wird. Der Unterricht im Werkraum bringt aber lange Wege mit sich, die Fachräume am Korbinian – Aigner – Gymnasium sind eigentlich in Querfingern untergebracht. Der Werkraum ist aber zwei Querfinger vom Chemieraum entfernt. Zudem gibt es im Werkraum keine Gas- und Wasseranschlüsse. Biologieunterricht findet auch im Klassenzimmer statt, es gibt einen sehr großen Chemieübungsraum, der aber für den herkömmlichen Unterricht nicht geeignet ist. Ein weiterer Saal zum Unterricht in Biologie und Natur- und Technik wäre also von Nöten. Auf die Physiksäle kann nicht zurück gegriffen werden, weil sie voll belegt sind.

Herr Huber ergänzt, dass der neue Biologiesaal in den Computerraum einziehen würde. Dementsprechend müsste der Computerraum mit den entsprechenden Leitungen in den IT-Trakt an Stelle des jetzigen Werkraums rücken. Der Werkraum mit seinen zusätzlichen Anforderungen wie Waschbecken rückt an einen anderen Platz.

Herr Fuhrig zeigt sich verwundert über die neuen Zahlen, die bisher nicht bekannt waren. Bisher rechnete man mit den Angaben aus dem Kostenvoranschlag. Er schlägt vor, ein weiteres Angebot erstellen zu lassen, um diese Summe zumindest zu verifizieren.

Herr Huber antwortet, dass in der Vorbereitung auf die heutige Ausschusssitzung Architekt Burkhard beauftragt wurde, der auf diese Summe kommt.

Herr Fuhrig merkt zur Maßnahme „Verdunkelung“ an, dass es auf der Südseite schier unmöglich ist, mit Overheadprojektoren zu arbeiten. Die gelben Vorhänge nutzen in diesem Fall nichts. Zudem klagen die Schüler, dass sie von der Seite die Tafelanschriften nicht lesen können. Deswegen muss auch bei Tageslicht oft das Licht eingeschaltet sein, um Spiegelungseffekte zu minimieren.

Kreisrat Hofstetter verweist auf den vorher erwähnten Grundsatz „Alt vor Neu“. Der Biologiesaal soll auf nächstes Jahr verschoben werden. An dem Ziel von 1,4 Mio. € Einsparungen soll festgehalten werden. Die Maßnahme kostet auch 65.000 € mehr als ursprünglich geplant.

Kreisrat Steinberger stellt fest, dass der Unterhalt für das relativ neue Gebäude sehr hoch ist. Natürlich hat die Zwischenlösung mit der Nutzung durch die FOS/BOS zu einigen baulichen Unterschieden geführt, so dass jetzt nachgerüstet werden muss. Heute muss aber alles mit einem Architekten abgestimmt werden, es fallen zu allen Projekten zusätzlich Planungskosten an. Im Korbinian- Aigner- Gymnasium ist die Erwartungshaltung sehr hoch. Es wird u. A. eine Mensa, eine Küche, die Fertigstellung der Umbaumaßnahmen und eine Bühne erwartet. Alle Maßnahmen wurden bereits diskutiert und abgesegnet, nur fehlt das Geld. Er stimmt der Aussage von Kreisrat Wiesmaier zu, dass die Maßnahmen nur „Vorbehaltlich der Zuteilung der Haushaltsmittel“ durchgeführt werden sollen. Der Schulbetrieb ist durch die Nicht-Durchführung der Maßnahmen sicher nicht gefährdet. Erste Priorität hat die Sicherheit der Schüler und Lehrer und der Unterhalt des Gebäudes, so dass keine größeren Schäden auftreten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende merkt an, dass wenn der Biologiesaal gewünscht wird auch entsprechende Haushaltsmittel eingeplant werden müssen. Selbst wenn aber bei den Planungskosten noch gespart werden kann, wird die Maßnahme nach Aussagen des Architekten trotzdem deutlich teurer als erwartet. Damit kann aber das Ziel von Einsparungen nicht erreicht werden, es muss sogar mehr ausgegeben werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich das Gremium gegen die Maßnahme „Biologiesaal“ ausspricht. Das bedeutet Einsparungen in Höhe von 80.000 €. Die Maßnahme an der Tafelbeleuchtung wird durchgeführt.

Kreisrat Attenhauser schlägt vor, die Vorhänge in gelb durch eine dunklere Farbe zu ersetzen.

Der Vorsitzende vermutet, dass die gelben Vorhänge ursprünglich auf ausdrücklichen Wunsch angeschafft wurden.

Kreisrat Rübensaal merkt an, dass damals intensive Gespräche mit Architekt Burkhard über die Verdunkelung geführt wurden. Damals hat Herr Burkhard erklärt, dass mit den gelben Vorhängen eine ideale Verdunkelung für den Einsatz von Tageslichtschreibern geschaffen wird. Es ist nicht der erste Fall, in dem Architekt Burkhard Dinge nicht optimal abgebildet hat.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Burkhard zwar Gesamtplaner, nicht aber Projektant war. Er stellt fest, dass die Maßnahme „Verdunkelung“ nach Willen des Ausschusses durchgeführt werden soll.

Kreisrat Kuhn merkt an, dass für die Zeitschaltuhr am Namensschild 400 € eingeplant sind. Im Energiekonzept von Herrn Moises steht, dass der Stückpreis für eine Zeitschaltuhr 6 € beträgt.

Herr Huber erklärt, dass die Zeitschaltuhr vom hauseigenen Elektriker eingebaut werden könnte, dann sind solche Preise realistisch.

Herr Helfer erklärt, dass als neuer Betrag für das Korbinian-Aigner-Gymnasium 155.100 € eingestellt werden. Zum Gymnasium Dorfen gibt es seitens der Verwaltung keine Einsparungsvorschläge.

Herr Huber merkt an, dass die Kosten für die Brandschutzsanierung von 120.000 € auf 80.000 € reduziert werden konnten.

Kreisrat Vogl fragt, ob die Summe von 80.000 € nur für die genannte Außentreppe verwendet wird.

Herr Setzwein erklärt, dass das bestehende Stahlbetontreppenhaus abgebrochen werden muss. Es wird ein neues Stahltreppenhaus errichtet. Architekt Burkhard hat eine Gegenüberstellung erstellt von dem bestehenden Stahlbetontreppenhaus mit Betonsanierung und der Errichtung eines neuen Stahltreppenhauses mit Stahlgitterritten. Die Kosten für die Sanierung liegen deutlich höher. Die 80.000 € kommen dadurch zustande, dass sich durch Übertragungen aus den Vorjahren ein geringerer Betrag ergibt. Die Kosten liegen aber einschließlich der Honorarkosten bei 120.000 €.



Der Vorsitzende betont, dass der Ansatz aber jetzt auf 80.000 € reduziert werden kann.

Kreisrat Schlehuber stellt fest, dass in der Kategorie „Dachdecker- und Spenglerarbeiten“ durch Vandalismus sieben Glaskuppeln beschädigt wurden. Er fragt, ob diese durch geworfene Steine beschädigt wurden.

Herr Motschmann, Direktor des Gymnasiums Dorfen, erläutert, dass an der Turnhalle 3 ein Appendix für den Fitnessraum vorhanden ist. So wird ein Zugang zum Dach der Turnhalle 3 geschaffen. Die Stadt Dorfen hat in der unmittelbaren Nachbarschaft einen Skaterplatz geschaffen, leider ist unter den Jugendlichen immer ein Promillesatz vorhanden, der dann zu Vandalismus neigt. Herr Landrat Bayerstorfer hat bereits einen entsprechenden Brief an Bürgermeister Grundner gerichtet, der Landkreis trägt jedoch bisher die finanzielle Belastung.

Kreisrat Bauschmid fragt bezüglich der Außentreppe, ob der Landkreis an Architekt Burkhard gebunden ist. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Sanierung der alten Treppe über 200.000 € kostet und die neue Treppe 80.000 €. Er fragt ob möglicherweise eine Zusatztreppe eingebaut werden kann.

Herr Setzwein erläutert, dass die Aufträge noch nicht vergeben sind, es handelt sich lediglich um eine Kostenschätzung. Das Büro Burkhard hat die Planung der Brandschutzsanierung übernommen, die sich jetzt über mehrere Jahre gezogen hat. Gemeinsam mit einem Brandschutzfachmann hat das Büro ein Gutachten erstellt, deswegen macht es Sinn, dass die Planung beim Büro Burkhard verbleibt.

Kreisrat Attenhauser fragt ob es für die Vandalismusschäden im Bereich Dachdecker- und Spenglerarbeiten keine Versicherung gibt.

Herr Helfer antwortet, dass jeder Vandalismusschaden gemeldet wird. Als am Korbinian-Aigner-Gymnasium Steinschäden im Glas entstanden ist, gab es das Problem, dass die damalige Versicherung gekündigt hat weil die Kosten im Verhältnis zur Prämie zu hoch waren. Die kalkulierten Ausgaben werden der Erstattungssumme von der Versicherung gegen gerechnet.

Kreisrat Heilmeier nimmt an, dass das Problem im nächsten Jahr wieder auftreten kann. Er fragt, ob eventuelle eine Kameraüberwachung installiert werden kann.

Herr Huber antwortet, dass bereits Schilder mit der Aufschrift „Videoüberwachung“ als Attrappe angebracht wurden. Die Kosten für eine Kamera bewegen sich im vierstelligen Bereich. Um das ganze Dach abzudecken wird eine sehr hohe Anzahl an Kameras benötigt. Im Verhältnis mit den potentiellen Schäden gesehen, wird zunächst die Methode mit der Attrappe ausprobiert. Nächstes Jahr soll in den Sommermonaten ein Fenster geschlossen werden, damit zumindest von Seite der Schule kein Zugang vom Dach mehr möglich ist. Landrat Bayerstorfer hat Bürgermeister Grundner gebeten, dass an den Wochenenden ein Streetworker ver-

stärkt den Bereich aufsucht. Auch die Polizei wurde um Mithilfe gebeten. Eventuell können auch bauliche Maßnahmen ergriffen werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Helfer merkt an, dass die neue Summe für das Gymnasium Dorfen dann 152.100 € beträgt.

Seitens der Verwaltung gibt es Vorschläge zur Einsparung bzw. Verschiebung am Objekt „Berufsschule Erding“.

Herr Huber erklärt, dass als größter Posten zur Verschiebung die Dachsanierung des Bauteils B zur Diskussion steht. Derzeit ist das Dach dicht, eine Verschiebung von einem Jahr hält er für möglich. Im Energiekonzept von Herrn Moises ist die Dachsanierung an Position 211 aufgeführt, insgesamt belaufen sich die Kosten auf 350.000 €. Als zweite Maßnahme zur Verschiebung schlägt Herr Huber die Errichtung eines Sonnenschutzes an den Oberlichten im Pausenhof vor. Es handelt sich nur um einen Bereich an der Ostseite von 25% an denen ein fester Sonnenschutz angebracht werden müsste, der Rest ist bereits mit einem Sonnenschutz abgedeckt. Mit der Maßnahme wurde bereits im letzten Jahr begonnen, der Rest kann noch etwas nach hinten verschoben werden. Nach seinem Kenntnisstand wurde die Maßnahme aber bereits mehrfach verschoben. Die Gesamteinsparungen betragen somit knapp über 400.000 €.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Gremium diesen Vorschlägen zustimmt.

Herr Helfer ergänzt, dass sich die Summe von 980.400 auf 585.400 € reduziert.

Herr Huber merkt zum Objekt „Amt für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten“ auf Seite 28 des Einzelplans an, dass zusätzliche Parkplätze geschaffen werden sollten, weil es bei Beginn eines neuen landwirtschaftlichen Semesters immer Parkplatzprobleme gibt. Nach einer Ortseinsicht kommt die Verwaltung zu dem Schluss, dass die Parkplatzproblematik nur in Stoßzeiten auftritt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass das Wintersemester von Oktober bis März läuft, das Sommersemester von April bis Juli.

Kreisrat Attenhauser fügt hinzu, dass es sich nur um etwa 15 bis 16 betroffene Personen handelt. Oft werden Fahrgemeinschaften gebildet.

Der Vorsitzende merkt an, dass schon ein Problem besteht, das Gebäude hat mittlerweile einen größeren Zulauf an Nutzern und Besuchern. Das Gebäude im Dr.-Ulrich – Weg ist im Erdgeschoss und 2. Stockwerk komplett vermietet. Die Situation hat sich auch dadurch verschärft, dass auf Grund der Feuerwehr- Zufahrtswege nicht mehr im Innenhof geparkt werden darf.

Kreisrat Bauschmid merkt an, dass die Parkplatzproblematik bekannt ist. Die Maßnahme kann zwar verschoben, sollte aber nicht aus den Augen verloren werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Steinberger schlägt vor, eine Einigung mit allen beteiligten Behörden herbeizuführen, um gemeinsam an der Parkplatzlösung zu arbeiten.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Ämter kein Problem sehen, solange die Parkplätze für alle zur Verfügung stehen. In der früheren Nutzung als Hauswirtschaftsinternat wurden durch den Landkreis Parkplätze an den Buchführungsdienst vermietet. Aus den Mieteinnahmen müssten jetzt eigentlich wieder neue Parkplätze geschaffen werden. Die Parkplätze sind jetzt entsprechend beschildert und können nur mit entsprechenden Kennzeichen genutzt werden.

Kreisrat Attenhauser denkt, dass ohnehin eine Entlastung stattfinden wird, weil ab diesem Jahr auch online Anträge gestellt werden können.

Herr Helfer stellt fest, dass die neue Gesamtsumme für das Gebäude „Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ 18.200 € beträgt. Für das Gebäude der landwirtschaftlichen Fachschule Hauswirtschaft gibt es keine Einsparvorschläge, auch bei der FOS/BOS gibt es keine Vorschläge für Sparmaßnahmen.

Kreisrat Schlehuber fragt, ob die angegebenen 8000 € für die Lüftungsanlage der FOS/BOS ab jetzt in jedem Jahr anfallen.

Der Vorsitzende möchte zudem wissen, wie hoch der Anteil daran für die Filteranlagen ist. Zum einen wird Energie eingespart, zum anderen sollen 8000 € für eine Filteranlage ausgegeben werden. Er bittet um genauere Informationen in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Huber stellt zur Katharina-Fischer-Schule fest, dass keine Einsparvorschläge vorliegen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie wurde die Problematik des feuchten Kellers diskutiert. Hauptproblem ist wohl der zu geringe Sickerabpumpschacht, ein zweiter Schacht soll deshalb angebracht werden. Dafür wurden 8000 € eingestellt. Im Rahmen des für das Jahr 2012 geplanten Anbaus soll die Ostseite aufgraben und die Außenseite begutachtet werden.

Er erklärt zum Freilichtmuseum (S.34), dass im April diesen Jahres eine Ortseinsicht statt fand. Dabei ging es um neue Toilettenanlagen, die auch behindertengerecht sind. Die Gesamtkosten für Planung und Errichtung der Toilettenanlagen belaufen sich auf ca. 80.000 €. Die Stadt Erding würde das Vorhaben mit 10.000 € unterstützen, die Gesamtkosten für den Landkreis belaufen sich so noch auf etwa 70.000 €. Da es bereits schon seit langer Zeit keine behindertengerechte Toilettenanlage gab kann die Maßnahme eventuell verschoben werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Maßnahme um ein Jahr zu verschieben und bis dahin die Situation noch genau zu klären.

Kreisrat Steinberger betont, dass er bei der Ortseinsicht bereits einen Vorschlag für eine kostengünstigere Lösung gemacht hat. Nach seinen Informationen aus der Presse beteiligt sich die Stadt Erding nur, wenn es sich nicht um eine Containeranlage handelt. Die Maßnahme sollte dann im



nächsten Jahr sicher eingeplant werden, der Landkreis Erding hat eine Vorbildfunktion gegenüber Betrieben, in denen entsprechende Toilettenanlagen vorgeschrieben sind. Der Bauernmarkt sollte zur festen Struktur im Landkreis Erding werden und wird auch gut angenommen. Deswegen kam es auch zu einer Ausdehnung bei der Nutzung. Die Mieteinnahmen können natürlich nicht die Gesamtkosten decken.

Der Vorsitzende betont, dass die Idee der Schaffung einer behindertengerechten Toilette nicht von Bürgern, sondern in erster Linie vom Seniorenreferenten der Stadt Erding an ihn herangetragen wurde. Die Maßnahme muss durchgeführt werden. Herr Huber hat lediglich den Vorschlag gemacht, sie um ein Jahr nach hinten zu verschieben. Übergangsweise kann eine Dixitoilette aufgestellt werden.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Heilmeier ist der Meinung, dass zunächst eine gründliche Planung erfolgen soll, bevor die Umsetzung erfolgt. Die Maßnahme soll im Jahr 2013 verwirklicht werden. Bezüglich der Planungskosten merkt er an, dass für kleinere Maßnahmen muss nicht immer gleich ein Ingenieurbüro beauftragt werden muss und Planungskosten gespart werden können.

Kreisrat Steinberger hält den Vorschlag von Landrat Bayerstorfer für unterstützenswert, von April bis Oktober wird somit eine Zwischenlösung geschaffen.

Herr Helfer sagt, dass als Gesamtbetrag für das Freilichtmuseum insgesamt 14.500 € eingestellt werden. Bezüglich des Sonderpädagogischen Förderzentrums Dorfen (S.33) merkt er an, dass die eingestellte Summe 285.800 € beträgt. Seitens der Verwaltung werden keine Einsparungen vorgesehen.

Der Vorsitzende erklärt zur Maßnahme „Sanierung eines Teils der Decken (50%)“, dass es sich seiner Meinung nach um einen riesigen Planungsmangel handelt. Die Decken halten nicht mehr, die mangelhafte Konstruktion wurde durch Zufall im Zuge der Sanierungsarbeiten festgestellt. Eine sofortige Sanierung ist nötig, weil von den Decken eine Gefahr ausgeht. Das Sonderpädagogische Förderzentrum Dorfen wurde im Jahr 1996 eingeweiht. Die Architekten sind nicht mehr greifbar, die Baufirma existiert in dieser Form nicht mehr. Es wird sehr viel Geld für Planungskosten ausgegeben, eine spätere Haftung ist nicht gegeben, obwohl es sich eindeutig um einen Planungsfehler handelt.

Kreisrat Jobst merkt an, dass es die Möglichkeit der gesamtschuldnerischen Haftung gibt. Wenn der Architekt nicht mehr greifbar ist, kann durchaus auch an andere herantreten werden. Wenn eine Decke herunter bricht, kann das z. B. auch die Schuld des Statikers oder Prüfindgenieurs sein.

Herr Huber erklärt, dass solange nicht nachgewiesen werden kann, dass der Schuldige den Mangel nicht vorsätzlich vorenthalten hat, gibt es kaum Handlungsspielraum.

Herr Helfer hat zu den Gebäuden auf den Seiten 35 bis 43 keine Einsparungsvorschläge.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Huber schlägt bezüglich des Gebäudes „Ehemalige Landwirtschaftsschule/Finanzamt“ eine Verschiebung des Austausches des Heizungsrohrnetzes für das gesamte Gebäude vor. In einer der letzten Sitzungen des Bauausschusses wurde beschlossen, dass in diesem Jahr im Untergeschoss die Heizungseinleitungen ausgetauscht werden weil es bei Anschluss an die Fernwärme im Jahr 2010 zu einem Rohrbruch kam. Ein Austausch im ganzen Haus wäre auch aus Kostengründen sinnvoll gewesen. Dementsprechend wurde eine Dämmung vorgenommen. Seit dem Jahr 2010 gibt es aber keine Probleme mehr mit den Leitungen, deswegen kann das Projekt im Jahr 2013 angegangen werden.

Kreisrat Rübensaal schlägt vor, den Posten „Regelmäßig anfallende Reparaturarbeiten“ bei jedem Gebäude um 5% zu reduzieren.

Der Vorsitzende meint, dass die größeren Maßnahmen eigentlich komplett verschoben wurden. Jetzt stellt sich die Frage, ob das Heizungsrohrnetz im kommenden Jahr ausgetauscht werden soll. Im Fall eines Schadens gibt es aber keine Erstattung von der Versicherung.

Kreisrat Heilmeier schlägt vor, die Maßnahme zu verschieben.

Herr Helfer merkt an, dass es für das Gebäude Dr.-Ulrich-Weg 3 keine Einsparungsvorschläge gibt, die Gesamtsumme für den Bauunterhalt beträgt somit 2.661.200 €. Die Einsparungen betragen 839.000 €.

Der Vorsitzende merkt an, dass nach Willen des Ausschusses die Kreisumlage gesenkt werden soll. Der Investitionshaushalt hat hier keine Auswirkungen mehr weil die Mindestzuführung von einer Mio. nicht unterschritten werden kann. Die Ausgaben können zwar gesenkt, nicht aber auf die Kreisumlage angerechnet werden.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2012, das Investitionsprogramm und den Finanzplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Kreisrat Jobst weist auf den von ihm gestellten Antrag zum Investitionsplan hin. Der Antrag liegt den Ausschussmitgliedern zwar nicht vor, er bittet aber trotzdem, ihn zu behandeln.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag nicht form- und fristgerecht eingegangen ist. Selbstverständlich kann darüber geredet werden, wenn Kreisrat Jobst den heutigen Beschluss in der Auswirkung nicht mittragen kann. Der Inhalt des Antrages hat derzeit keine Auswirkungen auf den Haushalt. Der Investitionsplan kann dadurch nicht abgeändert werden. Ein Schaden ist lediglich durch die permanenten Nachfragen bei Innen-, Kultusministerium, der Regierung von Oberbayern und dem Bayerischen Landtag durch Kreisrat Jobst entstanden, die zu Rechtsanwaltsgebühren in nicht unerheblicher Höhe geführt haben. Über die endgültige

Festsetzung und Abrechnung der Gesamtkosten befindet letztendlich die Regierung von Oberbayern.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Jobst möchte nicht, dass ihm eine Kostensteigerung zugeschrieben wird. Es geht ihm um einen sechsstelligen Betrag, um den der Landkreis geschädigt wurde. Inzwischen wird der Sachverhalt seit zwei Jahren verzögert, es gibt keine Auskünfte durch die Verantwortlichen. Solange dieser Betrag nicht geklärt ist, ist ein solcher Haushalt Makulatur. Die nötigen Einsparungen betragen das Dreifache des Fehlbetrages.

Der Vorsitzende versichert, dass kein Geld ausgegeben wurde, für das nicht entsprechende Beschlusslagen gefasst wurden. Er bittet zu respektieren, dass es auch einstimmige Beschlusslagen gab, nach denen gehandelt wurde, die vor der Mitgliedschaft von Kreisrat Jobst in diesem Gremium getätigt wurden. Bisher wurde auch noch nicht nachgewiesen, dass auch nur ein einziger Euro Schaden entstanden ist. Die Regierung von Oberbayern weigert sich, vor der Schlussprüfung weitere Aussagen zu treffen. Er stellt Kreisrat Jobst frei, einen Antrag auf Nicht-Zustimmung zum Investitionsplan zu stellen, alles andere kann auf Grund des verspäteten Antragseingangs nicht behandelt werden. Das Gremium befindet sich bereits im Abstimmungsvorgang, Grundsätzliches kann jetzt ohnehin nicht mehr diskutiert werden.

Kreisrat Hofstetter will einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Fortführung der Tagesordnung stellen, er kann die Diskussion nicht nachvollziehen. Es kann nicht über etwas abgestimmt werden, bei dem nicht bekannt ist, worum es geht.

Kreisrat Steinberger besteht ebenfalls auf den Vollzug der Geschäftsordnung. Das Gremium befindet sich bereits in der Abstimmung. Falls überhaupt notwendig, soll Kreisrat Jobst unter Tagesordnungspunkt 3 eine Erklärung abgeben.

Kreisrat Jobst merkt an, dass er keinen fristgerechten Antrag ohne einen vorliegenden Haushaltsentwurf stellen konnte. Wenn der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird, entspricht das vielleicht nicht der Geschäftsordnung. Er hält das Vorgehen aber nicht für korrekt, der Antrag betrifft den Investitionshaushalt.

Der Vorsitzende betont, dass Kreisrat Jobst einen anderen Beschlussvorschlag formulieren kann. Über den Antrag kann nicht extra beraten werden, im Rahmen der Haushaltsberatungen hätte Kreisrat Jobst Änderungswünsche äußern können. Diese Möglichkeit hat er aber nicht genutzt.

Kreisrat Jobst formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Titel 2601/2651 (Neubau Fachoberschule/Berufsoberschule) enthält mit den HHSt. 9422 (Projektsteuerung) und 9424 (Planungskosten) zwei Positionen, die ihrer Berechtigung, bzw. ihrer Höhe nach noch ungeklärt sind.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird daher empfohlen, das Investitionsprogramm und den Finanzierungsplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen nicht zu verabschieden.

Der Vorsitzende weist noch einmal daraufhin, dass derartige Überlegungen keine Auswirkungen haben, weil das Investitionsprogramm im Fall entsprechender Feststellungen dann abgeändert werden muss. Er bittet um Abstimmung über den Antrag von Kreisrat Jobst.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 1 Stimme**

Daraufhin lässt **der Vorsitzende** über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

BauEn/0115-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2012, das Investitionsprogramm und den Finanzplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 1 Stimmen**
(Gegenstimme: Kreisrat Jobst)

3. Asylbewerber - Unterbringung im Landkreis Erding

Der Vorsitzende erklärt, dass der Landkreis Erding verpflichtet ist, 19 Asylbewerber unterzubringen, die voraussichtlich am 08. Dezember eintreffen. Die betreffenden Personen befinden sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich überwiegend um Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien und Irak. Es wurde versucht, verschiedenste Räumlichkeiten zu finden. In den nächsten Monaten werden höchstwahrscheinlich zusätzliche Asylbewerber zugewiesen, da die Sammelunterkünfte in der Zwischenzeit voll belegt sind. Deswegen wird auch nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. In Erding/Freisinger Siedlung gibt es jetzt das Angebot von der Fischer's Stiftung, den ehemaligen Stiftungshof als Unterkunft zu nutzen. Der Landkreis muss entsprechende Umbaumaßnahmen durchführen, deswegen ergeht an den Ausschuss die Anfrage, ob sich das Gremium einverstanden erklärt, entsprechende Haushaltsmittel zu verwenden. Die Mittel werden von Seiten der Regierung von Oberbayern wieder erstattet.

Kreisrat Kuhn fragt, um welchen Betrag es sich handelt.

Der Vorsitzende antwortet, dass es sich um einen Betrag von rund 18.000 € handelt. Er schlägt vor, den Auftrag an die mindestbietende Firma zu vergeben.

Kreisrat Steinberger weist darauf hin, dass es sich bei der Unterbringung im Stiftungshof um eine Art Gemeinschaftsunterkunft handelt. Er möchte wissen, ob von Seiten der Regierung von Oberbayern angedacht wurde,

auch in Rücksichtnahme auf die Bürger der Freisinger Siedlung eine entsprechende Betreuung anzubieten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende warnt davor, sich zu sehr auf den Stiftungshof zu konzentrieren. Bei den nächsten Gelegenheiten sollen weitere Angebote geprüft werden. Kurzfristig wurde ihm jetzt noch eine Unterkunftsmöglichkeit von einem Bürgermeister angeboten. Brandschutzvorkehrungen spielen dabei auch eine wichtige Rolle. Die Bevölkerung wird auch nach wie vor um entsprechende Vorschläge gebeten. Die Betreuung wird von der Regierung von Oberbayern übernommen. Es handelt sich um sechs Einzelpersonen, drei Familien á vier Personen und drei Familien á drei Personen.

Kreisrat Wiesmaier fragt, ob es Perspektiven über die Dauer des Aufenthalts der Flüchtlinge gibt und inwieweit es Erstattungen von der Regierung gibt.

Der Vorsitzende antwortet, dass keine Mitteilung über die Dauer des Aufenthalts und den Ausgang des Verfahrens gemacht wurden. Die Vorwarnung über die nächsten Ankünfte wird zukünftig noch kurzfristiger sein. Dann muss entschieden werden, wo die jeweilige Unterbringung gewährleistet ist. Er lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

BauEn/0116-14

Der Unterbringung von Asylbewerbern auf dem Gelände des Stiftungshofs (Freisinger Siedlung/Erding) wird zugestimmt. Die nötigen Mittel für die Umbaumaßnahmen werden in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

4. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17:55 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte